

men wurde. Der Beschluß der Maler wurde von den Architekten und schließlich von der ganzen Konferenz übernommen. Er lautet:

«Wir stellen uns unter das Gericht Gottes über allen Bilderdienst, der die Kreatur zum Götzen macht, und sehen in Uebereinstimmung mit dem Apostel Paulus (Röm. 1, 23—25) die Ursünde der Menschheit darin, daß sie in ihrer von der eigenen Vernunft und Phantasie geleiteten natürlichen Religion nicht Gott, sondern sich selber die Ehre gibt. Wir wissen auch um die Gefahr, daß wir irgendein Christusbild mehr lieben als den lebendigen Christus selbst, den wir bezeugen wollen. Wir bitten aber zu bedenken, daß nicht bloß die Bilder der Kunst, sondern auch die der Gedanken unter das Gericht Gottes fallen (Apg. 17, 29), so daß auch jeder christologische Gedanke unter den Gehorsam Christi gefangen zu nehmen ist (2. Kor. 10, 5). Solche, die der Kirche mit ihrem Wort in Rede oder Buch, oder solche, die ihr mit der bildenden Kunst dienen wollen, sind einander schuldig, vor Gott zu bekennen, daß sie in dieser Hinsicht in der gleichen Lage und in der gleichen Gefahr sind.

Nun hat aber Gott unter uns sein vollkommenes, einziges Ebenbild in Jesus Christus als dem Mensch gewordenen aufgerichtet und uns Menschen aufgerufen, dieses Christusbild im Glauben, den der Heilige Geist schafft, in unserem ganzen Leben nachzubilden. Darum dürfen nicht nur die Theologen, sondern auch die Künstler, beide in der besonderen Weise des ihnen gewordenen Auftrags, den für uns Gekreuzigten und Auferstandenen als den Mensch gewordenen vor die Augen malen (Gal. 3, 1). So richten wir an Künstler und Theologen in gleicher Weise die Bitte, immer der Unzulänglichkeit ihrer Mittel bewußt zu sein, mit denen sie das Fleisch gewordene Wort Gottes bezeugen, und sich allezeit unter das Urteil dieses Wortes zu beugen, aber auch im Vertrauen auf die Kraft des Heiligen Geistes mit aller Freudigkeit ihr Christuszeugnis im Gottesdienst der Gemeinde und vor aller Welt zu geben.

Wir, die wir in Bossey an der Begegnung von Künstlern und Theologen teilgenommen haben, bitten alle, zu denen dieses unser gemeinsames Wort dringt, nicht einem gesetzlichen Verständnis des Wortes Gottes zu verfallen, sondern im Glauben an das Evangelium mit uns an dieser Verantwortung und dieser Hoffnung teilzuhaben.»

Zur theologischen Begründung sei noch folgendes zugefügt: Das Bilderverbot darf nicht gesetzlich verstanden werden, sonst würde es nur das Schnitz- und Gußbild ablehnen und die Malerei freilassen. Vom Neuen Testament her ist in bezug auf das zweite Gebot zu sagen:

1. Wie bei allen Geboten wird auch hier die Forderung radikalisiert. Das Bilderverbot betrifft nach Apg. 17, 29 nicht bloß die Bilder der Kunst, sondern

auch die der Gedanken. Die Wurzel alles Bilderdienstes ist nach Röm. 1, 23—25 die natürliche Theologie des natürlichen Menschen, die nicht Gott, sondern der vergänglichen Kreatur die Ehre gibt.

2. Positiv hebt das Neue Testament hervor, daß Christus das einzige Bild Gottes ist und insofern Ablösung und Erfüllung aller Bildversuche der Menschen. Dieses Bild Gottes in Christus ist in jeder Hinsicht nachzubilden. Die Christus-Gläubigen erfahren das gleiche Schicksal wie Christus, indem sie mit Christus leben, gefangen, gekreuzigt, begraben und auferweckt werden. Sie sollen auch Christus darin nachbilden, daß seine Geduld, Barmherzigkeit und Treue in jedem Christenmenschen Gestalt gewinnt. Diese Nachbildung betrifft den ganzen Menschen. Insbesondere ist jeder Gedanke unter den Gehorsam Christi gefangen (2. Kor. 10, 5). Das Christusbild darf nicht aus eigener Vernunft und Phantasie, sondern nur von dem wirklichen Christus her gewonnen werden. Die echte Verkündigung hat den gekreuzigten Christus als Gottes Bild den Hörern vor Augen zu halten. Zu diesem Dienste bedarf es der Bilder der Sprachformen sowie der Dichtkunst, die beide durch Christi Gebrauch dazu ausersehen sind, ebenso wie der Kunst der systematischen Gedankenführung. Darum steht es den Kindern Gottes, denen Gott die Gabe der bildenden Kunst geschenkt hat, zu, mit den unzulänglichen Mitteln ihrer Kunst ebenso das Fleisch gewordene Wort Gottes zu bezeugen, wie den Dienern des Wortes Gottes, die dies mit ihrer unzulänglichen Predigt zu tun suchen. Den Kindern Gottes steht es frei, ebenso wie das Christuszeugnis anderer Zeugen auch das der Künstler in ihren Bildwerken unter die Kritik vom Fleisch gewordenen Wort Gottes zu stellen.

Berlin.

Martin H. Albertz.

### Zu Karl Barths Brief an Zaiser

Den folgenden Artikel hat Prof. Gollwitzer schon am 8. Juni an die Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» geschickt. Redaktor Dr. Bieri antwortete ihm, wegen Militärdienst könne er erst in drei Wochen darauf eingehen. Seither ist in der NZZ wohl eine gute Antwort von Prof. Eduard Schweizer, dann aber (am 17. Juni) unter dem Titel «Verfrühtes Te Deum» ein noch schärferer Angriff auf Barth aus der Feder Walter Martis erschienen mit noch größerer Verzerrung; die Entgegnung Prof. Gollwitzers ist bis jetzt nicht aufgenommen worden. Dr. Bieri hat schon im letzten Winter den Bubendorfer Vortrag Niemöllers als «Aufenthalt im Niemandsland hohler Abstraktionen» abgeschätzt (s. «Kirchenblatt» 1952, S. 392); er macht es sich offenbar zur Aufgabe, systematisch die «dialektischen» Theologen politisch zu diskreditieren, und kümmert sich wenig um das «audiatur et altera pars». Diese Haltung der weit verbreiteten NZZ ist bedauerlich, aber im Augenblick offenbar nicht zu ändern. Um so mehr liegt es uns daran, den Aufsatz Gollwitzers zu veröffentlichen. Er ist über den bestimmten Anlaß hinaus ein Beitrag zur Klärung unserer Stellung zum russischen Kommunismus. Red.

Ist es schon für die Kirche, wie die innerkirchlichen Aussprachen der letzten Jahre zeigen, nicht leicht, die rechte christliche Haltung in den gegenwärtigen

Weltspannungen zu finden, so scheint es von der politischen Ebene aus erst recht schwer zu sein, diejenigen kirchlichen Stimmen, die sich mit besonderem Ernst um diese der Kirche durch ihre Botschaft befohlene Haltung bemühen, zu verstehen. Der Widerspruch, den *Karl Barths* Brief an den ostdeutschen Sicherheitsminister *Zaïßer* gefunden hat, zeigt das besonders deutlich. Von prominenten westdeutschen Politikern wurde er als ein Zeichen dafür beurteilt, daß *Barth* immer noch den Kommunismus zu harmlos sehe, am schärfsten aber wurde er von der «Neuen Zürcher Zeitung» (am 3. 5. 1953 und in der Morgenausgabe vom 29. 5. 1953) als ein unwürdiges, opportunistisches, ja von einem «nihilistischen Standort» aus geschriebenes Dokument verurteilt. Da dieser Angriff auch in Westdeutschland Aufsehen erregt hat, ist eine entschiedene Zurückweisung und eine Anleitung zum besseren Verständnis des *Barthschen* Briefes sicher nötig. Es sei dabei nur im Vorübergehen das Befremden ausgedrückt, das der nicht-schweizerische Leser empfindet über die Art, wie seit langem ein großer Teil der schweizerischen Presse einen schweizerischen Gelehrten, der als der unbestritten bedeutendste christliche Theologe der Gegenwart und als bewußter Sohn seiner schweizerischen Heimat dieser wahrhaftig nicht geringe Ehre in der Welt macht, nur in einer eigenartigen Mißachtung und Abneigung zu nennen vermag. Es kann sein, daß hier ein altmodisch-aufklärerisches Mißtrauen gegen den Theologen mitspielt. Vor etwa 15 Jahren hat *Albert Einstein* an *Stalin* einen Bittbrief wegen des damals in der Sowjetunion verhafteten österreichischen Physikers *A. Weißberg-Czibulski* geschrieben (jetzt abgedruckt in dessen Erinnerungen «Hexensabbath», Frankfurt 1951); auch *Einstein* hat damals mit Argumenten gesprochen, die für *Stalins* Ohr gedacht waren, er hätte dabei auf seine früheren sympathisierenden Äußerungen über das sowjetische Unternehmen verweisen können, was er wohl nur unterlassen hat, weil er *Stalins* Kenntnis von ihnen voraussetzen konnte. Es ist unwahrscheinlich, daß diejenigen schweizerischen Zeitungen, die heute *Barth* angreifen, auch im Falle *Einsteins* einen solchen Mangel an Achtung und ernstnehmender Auseinandersetzung beweisen würden, wie sie es ihrem großen theologischen Mitbürger gegenüber tun.

Eindeutig dankbare und positive Äußerungen zu dem *Barthschen* Briefe habe ich dagegen von denen vernommen, die in erster Linie kompetent sind, ihn zu beurteilen, nämlich von den Betroffenen selbst, den Männern und Frauen der evang. Kirche in Ostdeutschland. Weit entfernt davon, daß Männer wie der Ostberliner Propst *Grüber* im Gegensatz zu *Barth* stehen, wie *NZZ.* (vom 29. 5) behauptet, haben sie sich früher wie auch heute in Übereinstimmung mit *Barths* Haltung gewußt und gerade den grundsätzlichen Äußerungen *Barths* über die rechte kirchliche

Haltung im Ost-West-Konflikt ausdrücklich zugestimmt. Man kann die babylonische Verwirrung unserer Zeit nirgends besser ermessen als an dem nahezu gänzlichen Mangel von Kategorien im Westen für das Verständnis der Probleme und Entscheidungen der Christen im sowjetischen Machtbereich. Der totalitäre Antikommunismus, in dessen Geiste auch jener Angriff der *NZZ.* geschrieben ist, läßt die Menschen, die unter der sowjetischen Macht leben müssen, gerade im Stich, weil er vom sicheren westlichen Kanapee aus mit billigen Deklamationen gegen die östlichen Machthaber meint das Seinige getan zu haben.

*Barth* hat jene Menschen nicht im Stiche gelassen. Von Anfang an hat er auch für ihre Lage zu bedenken versucht, was für sie das Rechte sei. Für ihn wie für *Niemöller* bedeutet der Ausbruch des ostzonalen Kirchenkampfes nicht, wie die *NZZ.* meint, eine peinliche «Frage». Denn ihre bisherigen Äußerungen waren nicht der Ausdruck von Illusionen über den Osten, sondern von christlicher Illusionslosigkeit gegenüber dem Osten und dem Westen gewesen. Daß sie damit im Osten wie im Westen oft der «Ambivalenz» des Urteils, d. h. der sträflichen Ignorierung der Unterschiede zwischen Osten und Westen geziehen wurden, beruht auf ungenauer Erkenntnis ihrer Motive. Daß sie damit aber im Osten wie im Westen oft auch für Bundesgenossen des Ostens gehalten wurden, war ein Mißverständnis, das *Niemöller* soeben im Vorwort zu der von *Martin Fischer* herausgegebenen und dem ostdeutschen Kirchenkonflikt gewidmeten Schrift «Das Zeugnis der Verhafteten» (Lettner-Verlag, Berlin 1953) klarstellt: «Solange die Botschaft sich deutlich gegen den Nazismus richten mußte, wurde sie mißverstanden als Rechtfertigung aller seiner Feinde; d. h. die Kirche wurde damals von allen diesen Feinden als Bundesgenosse gewürdigt und anerkannt; und dieses Mißverständnis ist bis auf diesen Tag nicht behoben. Es wird als Mißverständnis erst deutlich, wenn die Kritik, der richtende Charakter der Botschaft sich auch gegen diese ‚Freunde‘ und ihre Selbstrechtfertigung wenden muß. Dann wird es offenbar, daß es immer und beständig einen Kirchenkampf gibt und geben muß.» Eine mildere Form dieses Kirchenkampfes stellen auch die Angriffe auf *Barths* Brief im Westen dar.

Jenes Mißverständnis hatte auf östlicher Seite die Folge, daß z. B. für *Niemöller* noch ein Zugang zu den sowjetdeutschen Regierungsstellen offen war, den er mit Zustimmung und auf Bitte der übrigen deutschen Kirchenleitungen zur Fürsprache für die bedrängten Menschen und Gemeinden in der DDR. oft benützt hat. Ebenso wenig war es verwerflicher Opportunismus, sondern im Blick auf das Ziel seines Briefes gebotene «Taktik», wenn *Barth* zum Eingang sich *Zaïßer* gegenüber (da er nicht ohne weiteres bei diesem die nähere Kenntnis seiner Person voraussetzen konnte) darauf berief, daß er «seit 1945 kon-

sequent für eine verständnisvolle Einstellung dem Osten gegenüber» eingetreten sei, und wenn er Zaißer das bisherige tolerante Verhalten der DDR.-Regierung gegenüber der Kirche vorhielt als ein Moment, das bisher im Westen für diese Regierung sprach. Wem es mit Barth um die bedrängten Menschen der DDR. ging, für die schon eine Rückkehr der DDR.-Regierung zu der Duldung, die sie bis zum Sommer 1952 der Kirche erwiesen und seither immer mehr aufgegeben hatte, eine wesentliche Lebenserleichterung wäre, der mußte ungefähr genau so mit Zaißer sprechen, wie Barth es getan hat. Wem freilich an den Menschen nichts und an politischer Propaganda alles liegt, der kann einen Brief schreiben, wie ihn der Verfasser jenes Angriffs in der NZZ. offenbar gewünscht hätte: einen Brief, in dem Herr Zaißer vom bequemen Zürcher Schreibtisch aus die Maske heruntergerissen und ihm seine Verbrechen vorgehalten worden wären, einen Brief also, mit dem der Schreiber sein eigenes Renommee im Westen zwar beträchtlich vermehrt, den bedrängten Menschen im Osten aber mit nichts geholfen hätte. Zwar hat auch der Barthsche Brief keinen sichtbaren Erfolg gehabt und eine Antwort weder in Worten noch in Taten erhalten; wohl aber konnte er, wenn er wenigstens eine Hoffnung auf Erfolg haben sollte, nur so und nicht nach den Wünschen des Zürcher Artikelschreibers abgefaßt werden. Hätte die NZZ. einen kleinen Raum der Seite, die sie der Polemik gegen Barth gewidmet hat, dafür verwendet, dem Leser durch den Abdruck des Barthschen Briefes ein eigenes Urteil zu ermöglichen, dann hätten die verständigen Leser wohl diese gleichen Erwägungen angestellt.

Wie aber steht es mit jenen Äußerungen Barths über den sowjetischen Kommunismus in der Zeit zwischen 1945 und 1949, die auch in jenem Zürcher Angriff wieder ausgegraben und breit besprochen werden, breit, aber eben so isoliert wie auch sonst meistens, als habe Barth nie etwas anderes über den Kommunismus gesagt als diese paar inkriminierten Sätze, als habe er je einen Zweifel darüber gelassen, daß er den Kommunismus für einen verhängnisvollen und verderblichen Irrweg halte, dem gegenüber den demokratischen Rechtsstaat zu wahren zu den Pflichten einer demokratischen Regierung gehöre. Ueber die bösertige Wirklichkeit des Sowjetregimes hat er sich nie den Illusionen hingeegeben, die manche heutigen Antikommunisten lange gehegt haben. Was meinten dann aber jene Sätze, besonders in Barths Vortrag «Die Kirche zwischen Ost und West» vom Jahre 1948? Da sie sofort mißverstanden wurden und seither bewußt oder unbewußt mißverstanden weitergegeben werden, soll eine kurze Klarstellung, die sich nur auf jene Sätze beschränkt, versucht werden. Wäre es Barth damals mehr um seinen guten Ruf in der westlichen Welt als um die Nachdrücklichkeit seiner Ermahnung gegangen, wäre er der

Taktiker, als den ihn der Zürcher Angriff verdächtigt, dann hätte er in jener Atmosphäre von Aufregtheit, Bolschewistenangst und Mißtrauen leicht einige starke Sätze gegen die Sowjets eingeflochten. Er hätte damit sofort den Beifall erhalten, der ihm für seine entsprechenden Sätze gegen den Nationalsozialismus erst heute, nicht aber schon während des Krieges von seiten der NZZ. und mancher anderen Blätter der neutralen Staaten gespendet wird. Er hätte vielleicht auch unnötige Mißverständnisse vermieden, und insofern hätte ich mit manchem seiner Freunde eine solche, ihm allzu selbstverständlich und darum unnötig erscheinende Sicherung wohl gewünscht. Allerdings hätte er damit vielleicht den Nachdruck seiner Ermahnung abgeschwächt — und dies wollte er unter allen Umständen vermeiden. Ich habe damals jenen Vortrag in einem tendenziös gekürzten Abdruck der SED.-Zeitung «Neues Deutschland» als Kriegsgefangener in einem Moskauer Lager gelesen; wir lasen ihn als Menschen, die durch eigene Erfahrung das sowjetische System wahrhaftig bis auf den Grund durchschaut hatten; wir konnten, nach einem ersten Stutzen ihn genauer lesend, verstehen und gerade in unserer dortigen Umgebung ganz zustimmen, ein Zeichen, daß rechtes Verständnis auch für westliche Leser, wenn sie nicht nur flüchtig und voreingenommen lasen und wenn sie bereit waren, sich etwas sagen zu lassen, nicht unmöglich gewesen sein mußte.

Drei Momente führte Barth damals zum Beweise dafür an, daß bei aller gebotenen Abwehr eines ideologischen Regimes die rechte Einstellung zum Kommunismus heute nicht einfach in einer Wiederholung der gegenüber dem Nationalsozialismus gebotenen Haltung bestehen dürfe: 1. daß Josef Stalin ein Politiker anderen und größeren Formates sei als Hitler; 2. daß der Kommunismus immerhin der Versuch einer «radikalen Lösung der sozialen Frage, die wir in Europa auf die lange Bank geschoben haben», sei und 3. daß er sich im Unterschied zum Nationalsozialismus nie christlich getarnt habe. Der erste Punkt ist von den meisten Nachrufen zum Tode Stalins in der westlichen Presse bestätigt worden. Der dritte trifft für das unverändert antireligiöse Bekenntnis der KP. zu, hätte höchstens in bezug auf die sich kirchenfreundlich oder zum mindesten religiös-tolerant tarnende kommunistische Praxis noch etwas gesichert werden müssen. Bei dem zweiten Punkt konnte das Wort «Lösung» mißverstanden werden, da ja der sowjetische Sozialismus wahrhaftig keine Lösung der sozialen Frage darstellt. Es konnte aber dem verständigen Leser nicht entgehen, daß die sowjetische Gesellschaftsrevolution hier nicht als Vorbild gepriesen, sondern als Frage vorgehalten wurde, und dieser Unterschied hätte nicht übersehen werden sollen. Denn eben hierin liegt ein bedeutsamer Unterschied zwischen der Art, wie die Welt sich des Natio-

nalsozialismus erwehren konnte, und der Art, in der sie allein sich des Kommunismus wird erfolgreich erwehren können: In ganz anderem Maße als beim Nationalsozialismus erfordert die Abwehr des Kommunismus die Ergänzung der negativen, also besonders der militärischen Maßnahmen durch positive, also durch ein Angreifen der sozialen und politischen Mißstände, das an Entschlußkraft, Phantasie und Opferbereitschaft sowie an Grundsatztreue dem Kommunismus nichts nachgeben dürfte, dazu der Ergänzung durch eine geistige Erneuerung, von der im Westen mehr zu spüren sein müßte und von der wir in Westdeutschland durch die unselige Idee einer verfrühten westdeutschen Wiederbewaffnung wieder erschreckend zurückgeworfen worden sind. Nicht in einer Vorbildlichkeit, wohl aber in dieser Notwendigkeit liegt, das wollte Barth sagen, die Frage, die uns der Kommunismus stellt, wenn er nicht eines Tages doch als die Quittung für unsere Versäumnisse über uns hereinbrechen soll. Es wäre gut, wenn man, statt Barth zu schmähen, im Lichte der heutigen Entwicklung seine damaligen Worte noch einmal aufmerksam nachläse.

Wer das Heranreifen der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland erlebt und nicht vergessen hat, den schrecken die Anzeichen einer terroristischen Polemik, die im Stile McCarthys überall Kryptokommunisten wittert. Sie sind in dem Angriff des Bundesrates Feldmann auf Barth vor zwei Jahren wie jetzt in den beiden Artikeln der NZZ. zu finden. Der Terror liegt in der (in den totalitären Systemen dann vervollkommenen) ultimativen Frage, die man einem Partner als Pistole auf die Brust setzt und die ihm nur die Wahl läßt, die gewünschte Antwort zu geben oder entlarvt der Reihe der Staatsfeinde zugesellt zu werden; die faktische Liquidierung als Staatsfeind ist dann nur noch eine äußere Folge. Besonders erschreckend ist in dem Aufsatz vom 3. 5. 53 die Verbindung von offensichtlicher Kenntnis des Barthschen Denkens mit einer kraß entstellenden Darstellung. Wie kann der Verf., dem doch die Dinge offenbar etwas bekannt sind, behaupten, durch Barths Einfluß habe die Bekennende Kirche in Deutschland so lange an der Fiktion einer möglichen Neutralität gegenüber dem NS-Staat festgehalten? Es muß ihm doch bekannt sein, daß in Wirklichkeit gerade Barth es war, der durch seine Mahnungen und seine theologische Arbeit die Kirche aus der bloßen Verteidigung ihrer Interessen und aus jener Fiktion herausdrängte. Und wie kann der Verf. bei seiner Kenntnis der Quellen der Barthschen Theologie «prinzipielle Gleichgültigkeit» gegenüber den «bloß menschlichen» Werten der Menschenrechte, gegenüber den «entscheidenden Problemen der Freiheit und des rechten Staates» vorwerfen? Er muß doch wissen, daß es Barth in seiner politischen Ethik gerade darum geht, der Kirche und den Christen ihre

Verantwortung für diese allerdings «bloß menschlichen» Werte einzuschärfen, und daß ihm deshalb von deutschen Kritikern der (unzutreffende) Vorwurf gemacht wurde, er sanktioniere viel zu direkt die demokratische Staatsform vom Evangelium her. Der Verf. überrascht uns mit dem, merkwürdigerweise vorwurfsvoll gemeinten, Satz: «Der Kampf gegen Hitler wurde (bei Barth) letzten Endes nicht mit den im Begriff der abendländischen Kultur eingeschlossenen Werten, sondern mit der Auferstehung Christi begründet.» Ausgezeichnet! wird man dazu nur sagen können! Genau darum geht es in einer christlichen Begründung. Wie kann jemand diesen Satz schreiben und dann nicht verstehen, daß daraus keine Gleichgültigkeit, sondern höchste Verantwortung erwächst, daß damit jene tatsächlich heute auf dem Spiele stehenden Werte nicht eine schwächere, sondern eine stärkere und die einem christlichen Denker allein letztlich mögliche Begründung erfahren? Wer diesen Satz nicht als eine Absurdität verwirft, sondern positiv so bedenkt, wie er bedacht zu werden verdient, wird dann vielleicht auch verstehen, daß Barths ihm zunächst befremdliche Auffassung vom rechten christlichen Verhalten damals gegenüber Hitler und heute im Ost-West-Konflikt nicht mit seiner Gleichgültigkeit, sondern gerade mit seiner verantwortlichen Sorge um die Gefährdung von Freiheit und Recht in den vergangenen und in den drohenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts zusammenhängt.

Helmut Gollwitzer.

### Unsere soziale Botschaft — und die Praxis<sup>1</sup>

Als Pfarrer an einem bekannten Bündner Ferienort kommt man hie und da ins Gespräch mit Leuten aus dem Unterland. Die Ferienatmosphäre löst vielen Herz und Zunge, so daß sie ganz offen über die Verhältnisse in ihrer Gemeinde und natürlich auch über ihren Seelsorger reden. So erfährt unsereiner manches über die lieben Kollegen, ohne sie persönlich zu kennen, manches auch, was zu denken gibt. So ist mir bei derartigen Unterhaltungen ein Anliegen von Gemeindegliedern entgegengetreten, das mir wichtig genug erscheint, einmal klar und ungeschminkt dargelegt zu werden. Es sind ja gerade die aktiven, die treuen, mitgehenden «Laien», die das Verhalten des «Theologen» ihrer Gemeinde als stoßend empfinden und die gegenüber allen Angriffen auf die Kirche in dieser Beziehung leider nichts zur Rechtfertigung entgegen können.

<sup>1</sup> Wir bringen diesen kritischen Beitrag im Wissen darum, wie groß hier die Gefahr der Verallgemeinerung ist und daß man in jedem Fall die genauen Umstände kennen müßte, um urteilen zu können. Die soziale Verantwortung gerade auch in den kleinen Dingen haben wir uns aber alle immer wieder ins Gewissen rufen zu lassen. Red.

Ueber die soziale Botschaft und Verantwortung der Kirche ist schon so viel geschrieben worden, daß man das alles beinahe auswendig weiß. Und doch scheint man vielerorts von der Verwirklichung noch weit entfernt zu sein. «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst»; «einer trage des andern Last», diese zwei Grund-Sätze brauchen wir immer wieder in Predigt und Unterricht. Und wir müssen ja alle immer wieder von vorne anfangen mit der Nachfolge Christi. Aber trotz allem Sündersein, trotz dem simul peccator sollte doch ein Fortschritt stattfinden, ein «Hinanwachsen», wenigstens dort, wo es nicht um hochbedeutsame Entscheidungen, sondern um die kleinen Dinge des Alltags geht. Daß der Pfarrer jedem andern Gemeindeglied Bruder ist, daß er also ganz selbstverständlich dem andern als Mitchrist helfend zur Seite steht, daß er sich nicht nur von der Kanzel herab um dessen «Seelenheil», sondern auch am Werktag um dessen Dasein (da — nämlich in Beruf, Arbeit, Existenzkampf, Sorge) kümmert, das ist seine soziale Verantwortung.

Ein Fall für viele sei kurz erwähnt: Der Pfarrer wohnt in einer prächtigen Villa, er bezieht einen sehr hohen Lohn (gemessen am Durchschnittseinkommen der Gemeindeglieder), und er hält sich ein Auto. Man gönnt ihm diesen Luxus, denn die Arbeit führt ihn weit in der Gemeinde herum. Der Pfarrer predigt auch gut, hie und da spricht er auch über die Nächstenliebe, wie sich das so gehört. Nur eben: Dieser Pfarrherr (und seine Frau!) fährt mit dem Wagen an den kleinen und großen Läden seines Dorfes vorbei — in die übernächste Stadt: In der nächsten könnte man ihn doch kennen! Und dort kauft er in großen Mengen im Migros-Laden ein, packt sein Auto voll und kehrt wieder in sein Dorf zurück. Und das nicht einmal, sondern regelmäßig. Nur unterläuft ihm dabei der Regiefehler, daß man ihn auch in der übernächsten Stadt noch kennt, und daß die Sache in der Gemeinde ruchbar wird.

Die Ladenbesitzer im Dorf machen sich ihre Rechnung so: Wir bezahlen Kirchensteuern, von denen der Pfarrer besoldet wird, und er trägt das Geld zur Migros. Die andern Gemeindeglieder sagen: Der Pfarrer predigt über Nächstenliebe, und er selbst kümmert sich nicht darum, wovon unsre Obsthändler, Metzger, wovon das alte Ehepaar im Lädli und wovon die kranke Frau im Gemüsestand leben. Er kauft möglichst billig ein; da hört also die Liebe auf, wo das Geld zählt. Und die Frau des «Höheren Beamten» meint zu ihrem Mann: Siehst du, auch Pfarrers kaufen in der Migros, da dürfen wir uns das erst recht leisten, bei unserm Gehalt! Die Folgen: Viele Gemeindeglieder ärgern sich über ihren Pfarrer: die soziale Botschaft der Kirche, und damit die Botschaft der Kirche überhaupt, wird lächerlich. Im Pfarrhaus muß beginnen, was leuchten soll in der Gemeinde!

Als Demokraten müßten wir uns doch klar sein dar-

über, daß wir allen Grund haben, die selbständigen Existenzen zu erhalten und zu fördern, das Unsere beizutragen, daß möglichst viele Bürger auch in ihrem Beruf frei leben können. Es wird ja von andern Seiten zur Vermassung unsres Volkes so viel getan, daß wir alle guten Mittel dagegen einsetzen müssen. Politisch gesehen, lohnt es sich reichlich, die Haushaltrechnung um einige Franken monatlich mehr zu belasten (und das läßt sich bei einem Pfarrgehalt in jedem Kanton durchführen!) und dafür in den Läden und Lädli des Dorfes oder der Stadt einzukaufen. Jeder Einzelne, der sich und seine Familie durch Arbeit in eigener Verantwortung erhält, sich vielleicht mit viel Mühe und Sorge über Wasser hält, aber auch ein unabhängiges Urteilsvermögen bewahrt, wiegt für die Volksgemeinschaft mehr als eine Warenhaus-AG. oder ähnliches.

Als Christen aber und als Pfarrer müssen wir wissen, daß jedes einzelne Gemeindeglied uns aufs Herz gebunden ist, daß wir uns gegen das Gebot der Nächstenliebe versündigen, wenn wir wegen geringfügiger Mehrausgaben die Ladeninhaber unsrer Gemeinden um ihren Verdienst bringen. Wir, die wir die Nächstenliebe hauptamtlich zu vertreten haben, müssen ganz praktisch, mit der Tat, zum menschenwürdigen, darum freien Dasein unsrer Gemeindeglieder beitragen. Wir, die wir so schön reden können vom Leib Christi und vom Dienst der Glieder aneinander, müssen den Dienst dieser Gruppe von Gliedern eben auch würdigen. Es gibt ja auch einen «leiblichen» Dienst, nicht nur den geistlichen. «Einer trage des andern Last», das gilt auch uns Pfarrern, und das gilt bis hin zum Einkauf beim Bruder und bei der Schwester in der Gemeinde Christi. Die soziale Verantwortung ist eine Angelegenheit der Praxis!

Splügen.

Paul Henrich.

## Umschau

*Aus der Aargauer Synode.*

Von der letzten Sitzung der Synode am 22. Juni seien hier zwei Geschäfte erwähnt:

1. Das neue Reglement für die *Gemeinde-Ausgleichskasse*, durch das jetzt ca. 100 000 Fr. zugunsten der schwachen Gemeinden zur Verfügung stehen. Den noch weiter gehenden Antrag, den Finanzausgleich durch eine Zentralisation der Pfarrbesoldungen (gegenwärtig besolden die Gemeinden die Pfarrer) zu verstärken, lehnte die Kommission ab, da damit Aenderungen an der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung notwendig würden, die die ganze Struktur unserer Kirche verändern könnten. Die Synode beschloß jedoch, daß eine neue Kommission den ganzen Fragenkomplex weiter untersuchen solle.

2. Die *Freizügigkeit der Pfarrer* von einem Kanton in den andern ist durch die Bestimmungen der verschiedenen Pensionskassen sehr behindert. Vor einiger Zeit schon hat der Vorstand des Kirchenbunds Erhebungen machen lassen, was für Maßnahmen